

Protokoll der Sitzung der AG Honorarlehkräfte am 17.12.2001 in Stuttgart

Teilnehmerinnen und Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Nach der Vorstellungsrunde der Mitglieder dieser neu beim Vorstandsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung eingesetzten AG wurden die von U. Herdt vorgeschlagenen Tagesordnungspunkte behandelt:

1. Berichte

- Wolfgang Moes berichtet über die bevorstehende Gründung eines Arbeitgeberverbandes unter Einschluss des BFZ (Berufliches Fortbildungszentrum) im Januar 2002. Dieser Zusammenschluss hat auch die Funktion, Interessen gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit zu vertreten, seine Gründung erfüllt aber auch eine Voraussetzung für die mögliche Einleitung von Tarifverhandlungen (Branchentarifvertrag Weiterbildung).
- Ursula Herdt berichtet vom Volkshochschultag vom 07. - 09.11.01, was durch Reiner Krems ergänzt wird. Das Interesse an dem Thema Soziale Sicherung der Honorarlehkräfte war auf dem Volkshochschultag groß, insbesondere auch bei Fachbereichsleitern und Direktoren von Volkshochschulen.
- Barbara Weisel berichtet von den Erfahrungen mit der Hotline der GEW NRW und Rheinland-Pfalz (Pilotprojekt innerhalb der Organisationsentwicklung).
- Die einschlägigen Bestimmungen des Entwurfs für ein Zuwanderungsgesetz, das am 13.12.01 in den Bundestag eingebracht wurde und am 21.12, vom Bundesrat behandelt wird, enthalten deutliche Verschlechterungen gegenüber dem von uns ja auch kritisierten Gesamtsprachkonzept von Anfang des Jahres (siehe dazu einen Vermerk und eine Stellungnahme, die gesondert versandt werden). Die Auswirkungen auf die Honorarlehkräfte sind negativ, sollte es bei dem jetzigen Entwurf bleiben und es keine einvernehmliche Regelungen zwischen Ländern und Bund über die Finanzierung des Gesamtpakets von Basiskurs und Aufbaukurs geben.

2. Geplante Untersuchung zur Situation der Beschäftigten in der Weiterbildung

Nach verschiedenen ersten Anläufen und Initiativen in Richtung VDR, Volkshochschulverband und BMBF ist Jetzt entschieden, dass das BMBF eine umfassende Studie zu den Beschäftigungsbedingungen in der Weiterbildung in Auftrag geben und insofern dem Anliegen der GEW entsprechen wird. Es wird eine Ausschreibung stattfinden, an der sich unterschiedliche Institutionen und Einzelpersonen bewerben können. Herr Westkamp (Referatsleiter Weiterbildung im BMBF) hat U. Herdt gebeten, seitens der GEW einen Katalog mit Fragestellungen zu formulieren, die in der Untersuchung aus unserer Sicht zu behandeln wären.

Aus der Arbeitsgruppe werden einzelne Hinweise gegeben: u. a. auf die Untersuchung von Lothar Arabin (früher hessischer Volkshochschulverband), der detaillierte Fragen zum Thema, allerdings nur zur Situation der Kursleiter/innen formuliert hatte. Auch das DIE sollte über die Untersuchung informiert werden (dies ist sowieso geplant) und kann evtl. auch bei der Formulierung von Fragen Hilfestellung leisten.

U. Herdt formuliert einen Entwurf für diese Fragen, die sie bis Mitte Januar an die Mitglieder der AG mit der Bitte um Ergänzung und Korrektur schickt. Wir müssen das Papier bis Ende Januar an das BMBF weiterleiten.

3. Arbeitsschwerpunkte

Hier ist zwischen den kurzfristigen Aufgaben und der langfristigen Zielsetzung, (siehe Punkt 4.), zu unterscheiden.

Als kurzfristige Aufgaben und Themen werden folgende gesammelt und Vereinbarungen dazu getroffen:

- In die bevorstehenden Betriebsratswahlen (Frühjahr 2002) sollten Honorarlehrkräfte in der Weise einbezogen werden, dass sie auch kandidieren und dadurch möglicherweise entstehende Konflikt- und Streitfälle von uns offensiv angegangen werden. Inge Goerlich verfolgt diesen Punkt weiter, u. a. auch mit Heiko Gosch.
- Die sog. Riester-Rente gilt auch für Honorarkräfte. Die konkreten Möglichkeiten, die sich daraus für Honorarkräfte ergeben, sollten im Sinne einer konkreten Beratungshilfe (z. B. bei Einrichtung einer Pensionskasse bei einem Träger) aufgelistet werden. Willi Metsch, Betriebsratsvorsitzender von Berlitz in Frankfurt, hat dazu bereits Material gesammelt und könnte uns hier zuarbeiten. (Zuständigkeit für die weitere Bearbeitung: Inge Goerlich.)

- Unterstützung und Beratung bei der Vertragsgestaltung für Honorarkräfte: Nach längerer Diskussion wird davon abgesehen, einen Mustervertrag zu entwerfen, sondern vielmehr konkrete Hinweise, worauf bei der Vertragsgestaltung im Einzelnen geachtet werden muss; dazu werden auch Orientierungen hinsichtlich der Honorarhöhe gehören. Da hierzu bereits Vorarbeiten in Baden-Württemberg vorliegen, bearbeitet Inge Görlich diese Aufgabe weiter.
- Honorarerhöhung: Dies ist eine zentrale Aufgabe für kurzfristige Aktivitäten der GEW. Angesichts der großen Unterschiedlichkeit zwischen den Honorarhöhen von Träger zu Träger, aber auch zwischen einzelnen Fachgebieten, ist es schwierig, einen Standard für die Honorarhöhe festzusetzen. Vielleicht ist es aber wenigstens möglich, eine Mindesthöhe festzulegen. In der Zukunft sollten wir u. a. darauf hinwirken, die Honorarerhöhungen als Zuschuss der Auftraggeber für die Rentenversicherung zu erreichen. Honorarerhöhungen müssen also konkret als solche ausgewiesen und auch zweckgebunden sein.
- Daran knüpft sich eine längere Diskussion über die Frage an, inwieweit solche Honorarerhöhungen bzw. Zuschusszahlungen ggf. auch auf die Gebühren umgelegt werden. Angesichts der Unterschiede zwischen den einzelnen Volkshochschulen und den verschiedenen Typen von Honorarkräften, die ja nicht alle rentenversicherungspflichtig sind, ist eine solche Berechnung nicht einfach. Rainer Krems versucht, zwei Modellrechnungen vorzulegen, die auf entsprechenden Vorarbeiten aus Berlin basieren. Das Thema wird in der nächsten Sitzung wieder aufgegriffen.
- Eine weitere wichtige kurzfristige Aufgabe wäre die Beschäftigung mit Modellen wie Dozentenpools, die als Arbeitgeber für Honorarkräfte (die dann Arbeitnehmer wären) fungieren. In diese Richtung ging auch der Vorschlag von Olaf Scholz auf der Podiumsdiskussion auf dem Hamburger Volkshochschultag, der sich dort überhaupt als kompetenter Kenner der Sozialversicherungsprobleme von Honorarlehrkräften erwiesen hat und deswegen von uns konkret um Unterstützung und Beratung angefragt werden sollte. (Reiner, bitte Tel.-Nr. an mich) Wolfgang Behrsing sagt zu, die ersten Überlegungen dazu aus Schleswig-Holstein an mich weiterzuleiten.
- Auf der für 2002 wieder geplanten Veranstaltung gemeinsam mit der GEW-Hessen sollte entweder das Thema der kurzfristigen Lösungen (Zuschusszahlungen durch Volkshochschulen, Dozentenpools), oder auch – wenn wir bis dahin schon soweit sind – Vorschläge für perspektivische Lösungen diskutiert werden. Der Termin wird mit Hans-Georg Klindt (GEW Hessen), wahrscheinlich für die 2. Septemberhälfte, ausgemacht.

4. Langfristige Aufgabe/Entwicklung eines Konzepts zur Sozialversicherung für Honorarlehrkräfte

In Anknüpfung an die Tagung am 06.09.01 wird noch einmal der Konsens darüber bestätigt, dass wir kein Konzept oder keine Lösung ausschließlich für die Gruppe der Lehrkräfte entwickeln wollen. Andererseits müssen wir uns aber, da wir nicht für die gesamte Gruppe der Selbständigen berücksichtigen können, auf eine bestimmte Zielgruppe von neuen Selbständigen beschränken. Wir verständigen uns darauf, dass wir dazu strukturelle Merkmale erarbeiten sollten (z. B.: Selbständige, die eigentlich arbeitnehmerähnlich sind, scheinselfständig, Bezieher eines niedrigen Einkommens etc.). Uwe Fachinger (vom Zentrum für Sozialpolitik in Bremen) ist bereit, bis zur nächsten Sitzung mögliche Kriterien für die Festlegung einer solchen Gruppe, für die wir ein Modell entwickeln, zu definieren.

Der zweite Schritt dieses langfristigen Aufgabenfelds wäre es dann, Eckpunkte und Kriterien für ein umfassenderes Konzept zur Sozialversicherung (also nicht nur Renten-, sondern auch Krankenversicherung) zu erarbeiten. Bevor wir auch das Zentrum für Sozialpolitik (mit Unterstützung ggf vom VDR, der Hans-Böckler-Stiftung und ver.di) beauftragen, dazu eine Studie zu erarbeiten, sollten wir uns selbst noch einmal konkreter über die Eckwerte für ein solches Konzept verständigen, was ein Haupttagesordnungspunkt für die nächste Sitzung wird.

U. Herdt und U. Fachinger versuchen in der Zwischenzeit schon einmal mit dem VDR und der Hans-Böckler-Stiftung wegen einer solchen Studie ins Gespräch zu kommen.

5. Verschiedenes

Die nächste Sitzung der AG findet statt am Dienstag, den 9. April 2002, voraussichtlich in Frankfurt/Main.

gez. Ursula Herdt

Frankfurt/Main, den 20.12.2001

He/ha